



EUROPA-UNION DEUTSCHLAND
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz
Tel.: 06131 220 538
Fax: 06131 250 5230
E-Mail: info@europa-union-rlp.de
www.europa-union-rlp.de

Geschäftsbericht 2012

1. Politischer Lagebericht

Seit 2010 versucht die EU die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen. Die Krise, die in Griechenland begann, hat sich auch in 2012 ausgeweitet. Nachdem auch Irland und Portugal auf Hilfen angewiesen waren, wurde Griechenland im Frühjahr 2012 ein Großteil seiner Schulden erlassen. Im Juni 2012 beantragte schließlich Spanien Hilfen, um sein Bankensystem zu stützen. Mit Verweis auf die Auswirkungen der Griechenland-Krise als Begründung, beantragte im Juni auch Zypern Hilfen aus dem „Euro-Rettungsschirm“. Eine starke Vernetzung der Banken beider Länder wurde als Hauptgrund genannt.

Das Jahr 2012 war zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen ernannt worden. Und ausgerechnet im Jahr der Solidarität zwischen den Generationen spitzte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die junge Generation zu und erreichte ein Rekordniveau von z.B. 52% in Griechenland, 51,5% in Spanien und 36,6% in Portugal (EU-weit 22,6%). Die Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit wird zu einer der wichtigsten Herausforderungen für die EU und deren Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren zählen.

Im März einigten sich alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich auf einen neuen Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion. Der Vertrag sieht die Stärkung der Finanzdisziplin durch automatische Sanktionen, strengere Überwachung, die Pflicht zur Gewährleistung eines ausgeglichenen Haushalts und Verankerung einer Schuldenbremse im nationalen Recht vor. Die Schaffung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde vertraglich besiegelt. Diese Einrichtung mit Sitz in Luxemburg soll den Ländern des Euroraums im Bedarfsfall helfen, ihre finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Nachdem auch das Bundesverfassungsgericht den ESM zuließ, trat dieser nach vielen Verzögerungen am 08. Oktober 2012 in Kraft.

Im Kampf gegen Schuldenkrise und Rezession setzte die EU auch auf mehr Impulse für Wirtschaftswachstum. Im Mai vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der EU Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft, höhere Wachstumsinvestitionen und die Festigung der Union. Im Rahmen des „Pakts für Wachstum und Beschäftigung“ sollten 120 Milliarden Euro für Direktinvestitionen zur Verfügung gestellt werden. Auch beim G8-Gipfel in Camp David (USA) vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der acht größten Volkswirtschaften, durch Sanierung der öffentlichen Finanzen die Konjunkturerholung zu unterstützen und Vertrauen zu bilden. Gleichzeitig sollten Maßnahmen zur Wachstumsförderung eingeleitet werden.

Das Europäische Parlament verabschiedete Rechtsvorschriften, die den Handel mit außerbörslichen Derivaten sicherer und transparenter machen sollen. Es wird davon ausgegangen, dass der Derivat Handel zur globalen Finanzkrise beigetragen hat. Das Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) wurde vom Europäischen Parlament nach einer breiten öffentlichen Diskussion über die Rechte der Internetnutzer mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Das Parlament machte

damit erstmals von seinem im Vertrag von Lissabon verankerten Recht Gebrauch, ein internationales Handelsübereinkommen abzulehnen.

Kroatien stimmte in einem Referendum für den EU-Beitritt und gab somit den Weg frei, am 1. Juli 2013 der 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union zu werden. Serbien wurde der Kandidatenstatus gewährt.

Die lang diskutierte europäische Bürgerinitiative wurde in 2012 zur Realität: Die EU-Bürger können erstmals beantragen, dass bestimmte Fragen durch EU-Rechtsvorschriften geregelt werden. Eine Million Bürger aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten können die Europäische Kommission ersuchen, in ihren Zuständigkeitsbereichen Rechtsetzungsvorschläge vorzulegen.

In seiner jährlichen Rede zur Lage der Union forderte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, nachdrücklich eine Neuausrichtung und ein neues Denken für Europa. Er schlug die Weiterentwicklung der EU zu einer Föderation von Nationalstaaten vor.

Im November veröffentlichte die EU-Kommission ihren Jahreswachstumsbericht 2012. Damit wurde das jährliche „Europäische Semester“ für die wirtschaftspolitische Koordinierung eingeleitet, das dafür sorgt, dass die EU-Länder ihre Haushalts- und Wirtschaftspläne auf Wachstum ausrichten und aufeinander abstimmen. Zu den vorrangigen Aufgaben zählen die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Normalisierung der Kreditvergabe.

In Würdigung ihres Beitrags zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten während der letzten sechs Jahrzehnte, erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis 2012.

Einige Tage später setzte der Europäische Rat mit der Grundsatzentscheidung zur Schaffung eines „einheitlichen Aufsichtsmechanismus“, der der Europäischen Zentralbank die unmittelbare Beaufsichtigung großer Banken im Euroraum ermöglicht, den ersten Schritt zur Verwirklichung einer Bankenunion.

2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Landesverband der anhaltenden Schuldenkrise und deren Auswirkungen auf die Europäische Union. Der Landesvorstand vertrat die Meinung, dass die Krise dazu genutzt werden sollte, um die europäische Integration zu vertiefen. Dabei sei die Arbeit der Europa-Union gefragt, um die Bürgerinnen und Bürger in die Zukunftsdiskussion einzubeziehen. Die öffentlich geführten Diskussionen um die Zukunft des Euro verstärken bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, als sei die Idee der europäischen Einigung ausschließlich eine Frage der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dem müsse entschieden gegengesteuert werden. Aus diesem Grund entschied der Landesvorstand, den bevorstehenden Landeskongress unter dem Titel: „Mehr Europa ist die Zukunft!“ einzuberufen.

Im Februar, in einem Gespräch mit Ministerpräsident Kurt Beck warben Vertreter des Landesvorstandes für mehr Unterstützung durch die Politik in der Öffentlichkeit für „Mehr Europa“. Im Gespräch herrschte die Einigkeit darüber, dass gerade jetzt in den schwierigen Zeiten die bisherigen Fortschritte des Integrationsprozesses deutlicher vermittelt werden müssen. Europa sei gut für Deutschland, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Es sei aber auch wichtig, mit den Bürgerinnen und Bürger offen zu sprechen und die Versäumnisse der letzten Jahre zu diskutieren, um neue Wege einzuschlagen.

Mit Sorge verfolgte der Landesvorstand die jüngsten Entwicklungen in Ungarn und beteiligte sich an einer Protestaktion der Europa-Union und der Jungen Europäischen Föderalisten vor der ungarischen Botschaft in Berlin. Im gemeinsamen Aufruf appellierte der Verband per Pressemitteilungen auch in Rheinland-Pfalz an die ungarische Regierung für die volle Anerkennung, die effektive Beachtung und den wirksamen Schutz von Minderheitenrechten, von oppositionellen Kontrollrechten, für die Unabhängigkeit der Justiz, für Glaubens- und Meinungsfreiheit, für Presse- und Versammlungsfreiheit, für Koalitionsfreiheit und für die Beachtung des rechtsstaatlichen Grundsatzes *nulla poena sine lege*, keine Strafe ohne Gesetz bzw. des Rückwirkungsverbots im Strafrecht.

Im Hinblick auf den Beschluss der EU-Innenminister, die Entscheidungsbefugnis für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum zurück in die Hände der nationalen Regierungen zu legen, warnte der Landesvorstand vor einer möglichen Einschränkung der Reise-Freiheit im Schengen-Raum durch die nationalen Regierungen. Diese Einschränkung könnte die Freiheiten der EU-Bürger elementar gefährden. Die Europa-Union Rheinland-Pfalz stimmte mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament darin überein, dass die Frage von Grenzkontrollen im Schengen-Raum nur auf EU-Ebene entschieden werden kann. Die Forderungen der EU-Innenminister sahen die Mitglieder des Landesvorstandes als unnötig, kontraproduktiv und ein Eingeständnis nationaler Unsicherheiten bei der Rechtsverfolgung.

3. Bildungsarbeit

Wie in den vergangenen Jahren standen auch in 2012 der Europäischer Wettbewerb und die vom Landesverband entwickelte Aktion „Europa in die Schule“ im Mittelpunkt der Bildungsarbeit, die die Jugend an Europa altersgemäß heranzuführen und die Partizipationsmöglichkeiten im europäischen Einigungsprozess aufzeigen sollen.

3.1 Europäischer Wettbewerb

Der 59. Europäische Wettbewerb unter dem Motto „Europa: meine - deine - unsere Zukunft“ wurde erneut vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und dem Landesverband gemeinsam getragen und finanziert. In 2012 beteiligten sich in Rheinland-Pfalz 7.206 Schülerinnen und Schüler aus 101 Schulen am Wettbewerb. Zusätzlich beteiligten sich 1.182 Schülerinnen und Schüler aus polnischen Schulen, mit denen der Landesverband in Verbindung steht. Eine erfreuliche Zunahme in der Beteiligung ist dem Engagement der Lehrkräfte und der aktiven Werbung der beteiligten Kreisverbände der Europa-Union zu verdanken.

Auf länderübergreifender Ebene belegte Rheinland-Pfalz nach Thüringen und Baden-Württemberg den dritten Platz bei der Beteiligung gemessen in Relation zur Gesamtschülerzahl im Bundesland. Nach Rheinland-Pfalz entfallen 435 Landespreise, darunter 138 erste Preise. Diese wurden in einer von Bildungsministerium und der Europa-Union getragenen landeszentralen Feierstunde in Boppard überreicht. Für die Sieger fand eine mehrstündige Schifffahrt auf dem Rhein zur Loreley statt.



Mitglieder der Landesjury bei Sichtung der eingereichten Arbeiten. Bild: R. Däuwel-Türk

Die Kreisverbände Altenkirchen, Alzey-Worms, Germersheim, Kaiserslautern, Mayen-Koblenz, Rhein-Lahn, Westerwald, Worms und Zweibrücken ehrten die Sieger auf der Kreisebene in einer Feierstunde.

3.2 „Europa in die Schule“

Die Folgen der Schuldenkrise und die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses standen auch im Mittelpunkt der vom Landesverband entwickelten Aktion „Europa in die Schule“. Zum siebten Mal lud der Landesverband alle Schulen ab der Sekundarstufe I in Rheinland-Pfalz zur Teilnahme ein. An der Aktion, die vom 01. März bis 31. Mai 2012 durchgeführt wurde, beteiligten sich ca. 3.300 Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern. In 63 Einzelveranstaltungen diskutierten sachkundige Mitglieder der Europa-Union mit Schülerinnen und Schülern über die von den Schulen gewählten Themen. Die Aktion, die jährlich in Verbindung mit der Europawoche steht, hat sich bewährt und wird von den Lehrkräften als ein hilfreiches Mittel angesehen, um europapolitische Themen jugendgemäß in Ergänzung zum Unterricht zu behandeln.

„Europa in die Schule“ wird jährlich den Schulen durch das Bildungsministerium empfohlen und durch die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union im Rahmen der Europawoche finanziell unterstützt.

4. Verbandsarbeit

4.1 Landesebene

Im Jahr 2012 beteiligte sich der Landesverband an der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der Europa-Union. Nach Beratungen in den Kreisverbänden legte der Landesverband einen Änderungsvorschlag dem Bundeskongress vor. Im Vorfeld unterstützte der Landesverband den Bundesverband bei der Vorbereitung und Durchführung einer Regionalkonferenz in Koblenz. An der Konferenz nahmen Vertreter der südlichen Landesverbände der



Regionalkonferenz der Europa-Union Deutschland im Bundesarchiv in Koblenz. Bild: A. Schneider

Europa-Union teil und konnten eine eigene Stellungnahme zum Entwurf des Grundsatzprogrammes diskutieren.



Bild: A. Schneider

Im Oktober wurde der XXXVIII. Landeskongress einberufen, der unter dem Titel: „Mehr Europa ist die Zukunft!“ stand. Neben einer öffentlichen Veranstaltung fand ein verbandsinterner Teil statt, in dem der Landesvorstand neu gewählt wurde. Auch Austausch über die künftige Arbeit des Landesverbandes, die Mitgliederwerbung und -betreuung standen auf der Tagesordnung.

Um die Zusammenarbeit mit den benachbarten Landesverbänden zu intensivieren, lud der Landesvorstand zu gemeinsamen Sitzungen die Verbände aus Hessen und dem Saarland ein. Die Landesverbände wollen künftig ihre Zusammenarbeit fortsetzen. Vorrangiges Ziel dabei ist es, die weiteren notwendigen Schritte der europäischen Integration zu definieren und in die öffentliche Diskussion zu bringen. Auch der Austausch über die Mitgliederarbeit und über gemeinsame Aktionsfelder in der Verbandsarbeit wird durch die Zusammenarbeit ermöglicht.

Während des Jahres wurden die Kreisverbände mit zehn Rundschreiben und einem Sonderrundschreiben über die Arbeit des Landes- und z.T. auch des Bundesverbandes informiert.

4.1.1 Organisationsstruktur

Mit 22 Kreisverbänden ist die Europa-Union in Rheinland-Pfalz vor Ort präsent. Die negative Tendenz in der Entwicklung der Mitgliederzahlen konnte auch in 2012 nicht abgewendet werden. Die Gewinnung von 56 Neumitgliedern konnte leider den Verlust von 83 Mitgliedern nicht voll ausgleichen. Der Landeskongress appellierte an die Kreisverbände, die Bemühungen um Neumitglieder vor Ort zu intensivieren, z.B. durch Informationsaktionen und Veranstaltungsangebote. Mit der Wahl eines neuen Vorstandes gelang es, den lange Zeit inaktiven Kreisverband Birkenfeld/Idar-Oberstein wieder zu aktivieren.

Der Landesvorstand unterstützte erneut die aktive Werbung von Neumitgliedern und belohnte alle Werber mit Bildbänden über die Regionen Europas. Die meisten Neumitglieder haben geworben:

<i>Franz-Josef Mathony</i> (Kreisverband Bad Kreuznach)	- 11 neue Mitglieder
<i>Timo Wans</i> (Kreisverband Trier)	- 4 neue Mitglieder
<i>Dr. Jörg Koch</i> (Kreisverband Worms)	- 3 neue Mitglieder
<i>Natalie Schramm</i> (Kreisverband Trier)	- 3 neue Mitglieder

4.1.2 Landeskongress

Der XXXVIII. Landeskongress wurde im Oktober unter dem Titel „Mehr Europa ist die Zukunft!“ einberufen. Mit hochkarätigen Referenten rief der Landesverband zu einer breiten

Diskussion über die Notwendigkeit weiterer Integrationsschritte ein. Die rheinland-pfälzische Europaministerin Margit Conrad unterstrich, dass der Gedanke der Solidarität der Bestimmende sei und bleibe. Ein gemeinsames Europa müsse sich in der Krise bewähren und könne das auch. Der Wohlstand und die Vorteile, die Deutschland durch ein gemeinsames Europa genieße, könnten nicht durch weniger, sondern nur durch mehr Integration verteidigt werden.



Bild: A. Schneider

Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, forderte eine bessere Zusammenarbeit der lokalen, nationalen und europäischen Ebene. Dabei sei es wichtig, dass die Politik damit aufhören müsse, Erfolge zu nationalisieren und die Missstände zu europäisieren.



Bild: A. Schneider

Im Beitrag „Europas Platz in der Welt von Morgen“ sah der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen trotz der aktuellen Krise eine starke Dynamik im EU-Integrationsprozess. Den Erfolg der europäischen Einigungspolitik als „lebendigen und permanenten Friedensprozess“ habe die Nobelpreisverleihung anerkannt. Sie sei aber auch eine Mahnung, weiterzumachen und klarzustellen, dass es bei Europa vor allem um das Zusammenleben von 500 Millionen Menschen geht.

Abschließend forderte Rainer Wieland, EUD-Präsident und Vizepräsident des Europäischen Parlaments die rund 100 Teilnehmer/-innen dazu auf, dass der Verband dafür Sorge tragen müsse, dass wichtige Fragen, wie die Vertiefung der EU, auch in der Öffentlichkeit stärker debattiert werden. Hierfür biete die Europa-Union eine überparteiliche Plattform an.

Im verbandsinternen Teil des Kongresses sprachen sich die Delegierten für mehr Einsatz für die Europäische Werte- und Rechtsgemeinschaft aus. Appelliert wurde an die Landesregierung, ein Zertifizierungsverfahren zur Einrichtung von „Europaschulen“ einzuführen und bei offiziellen Anlässen die Nationalhymne zusammen mit der Europahymne spielen zu lassen.

Der Landeskongress bestätigte Dr. h.c. Friedhelm Pieper im Amt des Landesvorsitzenden, Dr. Norbert Herhammer, Staatssekretär a.D. Klaus Rüter und Jörg Saalbach als seine Stellvertreter. Holger Scharff wurde als Landesschatzmeister und Anna M. Schneider als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied wiedergewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Rolf Berendes, Günter Densborn, Ingo Espenschied, Jörn Hildner, Dieter Klöckner MdL, Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Josef Schork und Dr. Steffen Zimmermann.

Der Landeskongress wählte auch die Delegierten für Kongresse der Europa-Union Deutschland (EUD), der Union Europäischer Föderalisten und für Sitzungen des Bundesausschusses der EUD.

4.1.3 Landesvorstand

In 2012 trat der Landesvorstand sechsmal zusammen und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit aktuellen Entwicklungen in der europäischen Politik. Verbandsintern wurden die Vorbereitungen zum bevorstehenden Landes- und Bundeskongress getroffen. Ein weiterer wichtiger Arbeitspunkt war die künftige Aufstellung des Landesverbandes im Hinblick auf die sinkenden Einnahmen auf der einen Seite und steigenden Kosten auf der anderen.

Die Zusammenarbeit mit den benachbarten Landesverbänden wurde auch in 2012 fortgeführt und neben einer gemeinsamen Sitzung mit dem Landesvorstand der Europa-Union Hessen wurde auch der Landesvorstand der Europa-Union Saar zur Sitzung eingeladen.

4.1.4 Landesgeschäftsstelle

In der in der Mainzer Innenstadt gelegenen Landesgeschäftsstelle beschäftigte der Landesverband auch in 2012 eine hauptamtliche Halbtagskraft, die das Geschäftsführende Vorstandsmitglied in der Arbeit unterstützte. Die Landesgeschäftsstelle diente als Anlaufstelle für alle Interessierten sowie als eine Koordinierungsstelle für die verbandsinterne Arbeit. Die Buchhaltung wurde wie bisher von einer Stundenkraft erledigt.

4.1.5 Landesspezifische Aktivitäten / Kreisverbände

Auf Einladung des Landesvorsitzenden sprach zum Jahresanfang der EU-Kommissar Günther H. Oettinger in Koblenz über die größten Herausforderungen Europas in den kommenden Monaten. Angesichts der wachsenden Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EU dankte Oettinger der Europa-Union für ihr unermüdliches Werben für Europa auch in schwierigen Zeiten. Alle globalen Herausforderungen, die die EU meistern müsse, könnten nicht von einzelnen nationalen Regierungen gemeistert werden. Die Europäische Union müsse mit einer starken gemeinsamen Stimme präsent sein.



Bild: A. Schneider

Kommissar Oettinger sprach von einer G-3 Staatengruppe, bestehend aus den Vereinigten Staaten von Amerika, China und Europa. Man müsse jetzt an einem Strang ziehen, weil ansonsten die Gefahr bestehe, dass Europa nach der chinesischen Weltkarte zu einem Nebenschauplatz zu verwaarloosen drohe.

Neben der Schuldenkrise sei auch die europäische Energiepolitik eine große Herausforderung. Strom sei nach Oettinger das Maß aller Dinge. Bezahlbarer Strom sei die Grundlage für die Industrie. Erneuerbare Energien müssten effizient eingesetzt werden und der gemeinsame Netzausbau schneller vonstatten gehen.

Der Bau von neuen Atomkraftwerken sei keine Lösung. Man müsse aber realistisch denken, weil es in Europa 14 Mitgliedstaaten mit Kernkraft und 13 ohne gäbe. Wenn Deutschland allein aussteige, dann stiegen möglicherweise Nachbarn ein.

Gerade in den derzeitigen sorgenvollen Zeiten müssten die größten Erfolge des europäischen Einigungswerkes in der Öffentlichkeit immer wieder hervorgehoben werden. Darüber herrschte Einigkeit während eines Treffens von Landesvorsitzendem Dr. Friedhelm



Bild: S.F. Sämmer

Pieper und weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes mit Ministerpräsident Kurt Beck in der Mainzer Staatskanzlei. Pieper unterstrich, dass es wichtig sei, die Sorgen der Bürger durch die Politik ernst zu nehmen, über die Risiken und die notwendigen Schritte bei der Bewältigung der Krise offen zu diskutieren. „Der Versuch, die anhaltende Staatsschuldenkrise durch den Fiskalpakt zu bewältigen, ist ein Schritt in die richtige

Richtung. Damit kann die Haushaltspolitik auf eine einheitliche Basis der Solidarität gestellt werden“, so Beck.

Ministerpräsident Kurt Beck und die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, Margit Conrad, dankten der Europa-Union für ihr Engagement und für die vielfältigen Aktivitäten, die Menschen an Europa heranzuführen. Ein gemeinsames Werben für Rheinland-Pfalz und für Europa, besonders bei jungen Menschen, sei ein wichtiges Anliegen der Landesregierung.

Mit einer breiten Informationsaktion beteiligte sich der Landesverband zusammen mit dem örtlichen Kreisverband Mainz-Bingen beim Landesfest in Ingelheim. Gemeinsam mit der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen-Union, dem Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/Burgund und der Europa-Union standen

Informationen zum Thema „Europa ist mehr als der Euro“ im Vordergrund. Ziel war es, die Vorteile der europäischen Integration herauszustellen und zudem auf die positive Bedeutung der Regionalpartnerschaften für ein Zusammenwachsen in Europa hinzuweisen. Während Erwachsene ihr Wissen zu Europa in einem Quiz testen konnten und dafür mit Sachpreisen belohnt wurden, warteten auf Kinder zahlreiche Mal- und Bastelmöglichkeiten, um Europa spielerisch zu entdecken. Zahlreiche Gespräche mit den Besuchern zeigten jedoch die große Sorge um die gemeinsame Währung, die den Druck der Finanzmärkte angesichts der Krise überstehen müsse.



Bild: A. Schneider

Des Weiteren beteiligten sich der Landesverband und die Kreisverbände mit vielfältigen Aktionen an der Europawoche, zu denen auch die Auszeichnungen der Kreispreisträger des Europäischen Wettbewerbes zählten.

4.1.6 Zusammenarbeit mit Landesparlament / Landesregierung / Bundestag/ Europaminister

Die Ziele, für die sich die überparteiliche Bürgerinitiative Europa-Union einsetzt, finden Unterstützung bei den Entscheidungs- und Mandatsträgern aller Ebenen. In 2012 waren 29,7 % der Landtagsabgeordneten Mitglieder der Europa-Union, davon 17 SPD- Abgeordnete, einschließlich des Ministerpräsidenten Kurt Beck und dem Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz Joachim Mertes sowie 13 CDU- Abgeordnete mit dem Fraktionsvorsitzenden Christian Baldauf. Die Fraktionen haben folgende Abgeordneten für den Parlamentarischen Beirat der Europa-Union benannt: Dieter Klöckner (SPD), Wolfgang Schwarz (SPD), Hannelore Klamm (SPD), Ralf Seekatz (CDU), Thomas Weiner (CDU), Stephanie Nabinger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).

Im Februar trafen Vertreter des Landesvorstandes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Beck und der Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa Staatsministerin Margit Conrad zu einem Meinungsaustausch in der Staatskanzlei zusammen.

Im Deutschen Bundestag gehörten 41,9 % der rheinland-pfälzischen Abgeordneten der Europa-Union an. Davon fünf der CDU, drei der SPD, drei der FDP und zwei Abgeordnete dem Bündnis 90/Die Grünen.

Alle sechs rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten gehörten dem Landesverband an. Im Bundestag und im Europäischen Parlament haben die Abgeordneten die Möglichkeit, sich der EUD-Parlamentariergruppe anzuschließen. Der Landesvorstand bemüht sich in regelmäßigen Abständen die rheinland-pfälzischen Abgeordneten zu einem Gespräch einzuladen. In 2012 nahm Brigit Collin-Langen MdEP die Einladung des Landesvorstandes entgegen.

An dieser Stelle ist die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung hervorzuheben. Die institutionelle Förderung, die jährlich dem Verband durch die Staatskanzlei gewährt wird, ermöglicht überhaupt erst die kontinuierliche Tätigkeit des Landesverbandes. Durch die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur können seit Jahren der Europäische Wettbewerb und die Aktion „Europa in die Schule“ erfolgreich durchgeführt werden. Die Unterstützung der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union ermöglicht die Aktivitäten des Landesverbandes und der Kreisverbände während der Europawoche sowie eine breite Informationsaktion während des Rheinland-Pfalz-Tages.

Für diese gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit gilt allen Zuständigen das herzliche Dankeschön des Landesverbandes! Ein weiterer Dank für die gute Zusammenarbeit gebührt der Landeszentrale für politische Bildung und dem Weiterbildungszentrum Ingelheim.

4.1.7 Öffentlichkeitsarbeit

Mit elf Pressemitteilungen informierte der Landesverband über seine Arbeit, über Veranstaltungen und nahm Stellung zu aktuellen europapolitischen Ereignissen.

Die Internetseite des Landesverbandes wurde regelmäßig aktualisiert und erscheint im modernen Corporate Design des Bundesverbandes.

Die allen Mitgliedern vom Bundesverband per Post zugestellte Verbandszeitschrift „Europa aktiv“ gab in sechs Ausgaben auch einen Überblick über die Aktivitäten im Landesverband. Das Geschäfts. Vorstandsmitglied redigiert die Seite des Landesverbandes aufgrund der von den Kreisverbänden eingereichten Beiträge.

Der Internetdienst www.europatermine.de wurde von uns regelmäßig genutzt, um für Veranstaltungen zu werben.

4.2 Bundesebene

Mit sechs Stimmen vertraten Delegierte den Landesverband in der Sitzung des Bundesausschusses, der zwischen den Bundeskongressen das höchste Verbandsorgan ist. Der Landesvorsitzende der Europa-Union Rheinland-Pfalz wurde zum Stellv. Vorsitzenden des Bundesausschusses gewählt.

Mit 17 Stimmen vertraten die Delegierten den Landesverband auf dem 58. Kongress der Europa-Union Deutschland, der am 27. und 28. November 2012 in Düsseldorf stattfand. Der Landesvorstand legte dem Bundeskongress einen Antrag auf Satzungsänderung vor, der in geänderter Form angenommen wurde. Weitere Beschlüsse des Bundeskongresses fließen in die Arbeit des Landesverbandes ein und werden umgesetzt.

5. Jugendarbeit

Neben dem Europäischen Wettbewerb und der Aktion „Europa in die Schule“ unterstützte der Landesverband organisatorisch und finanziell den Landesverband der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF). Der dem Landesvorstand kraft Amtes angehörende JEF-Landesvorsitzende Matthias Wolfger berichtete in Landesvorstandssitzungen über die Arbeit seines Verbandes. In einer gemeinsamen Sitzung beider Landesvorstände wurde ein Abkommen zwischen beiden Landesverbänden verabschiedet und die Eckpunkte der weiteren Zusammenarbeit festgelegt.

6. Landesbeirat

Als rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland bindet der Landesverband 45 Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen zum Landesbeirat zusammen. Der Landesbeirat ist eine lose Gruppierung, deren Mitglieder zu Veranstaltungen des Landesverbandes eingeladen werden.

7. Schlussbemerkung

Dieser Bericht stellt eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Landesverbandes dar. Ausführliche Informationen werden kontinuierlich auf der Internetseite veröffentlicht.

Die vielfältigen Aktivitäten der Kreisverbände konnten in diesem Bericht nur punktuell erwähnt werden.

An dieser Stelle ist traditionell allen Unterstützerinnen und Unterstützern innerhalb und außerhalb des Verbandes herzlich zu danken. Es sind vor allem unsere Mitglieder, die durch ihre Mitgliedschaft freiwillig die vielfältige Arbeit des Verbandes fördern. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit gilt allen Europa-Union-Freunden ein herzliches Dankeschön des Landesvorstandes!